

# „Erstmals als Mensch behandelt worden“

Demokratie und Anti-Rassismus sollten US-Soldaten nach 1945 die Deutschen lehren. Aber „Re-Education“ gab es auch in die andere Richtung: Sie mündete in die schwarze Bürgerrechtsbewegung. Bewegte Jahre, auch für die Pfalz.

VON ANKE HERBERT

„War es die Rache der ‚Schwarzen Panther‘? In der Nacht zum Montag wurde das Café Roma in der Kaiserslauterer Rosenstraße ein Raub der Flammen.“ Als die RHEINPFALZ im Januar 1972 über eine zerstörte Gaststätte schrieb, in deren Schaufensterscheibe vier farbige US-Soldaten Molotow-Cocktails geworfen haben sollen, lagen bereits bewegte Monate hinter der Region. Es war die Zeit, in der der afroamerikanische Bürgerrechtskampf auch in Deutschland Spuren von Gewalt hinterließ, in denen insbesondere die Westpfalz zum Zentrum der Auseinandersetzungen geworden war. Doch obwohl sich dafür viele Hinweise in kommunalen Archiven finden, erinnern sich nur die wenigsten daran.

Von 1945 bis heute waren rund 20 Millionen US-Soldaten und ihre Angehörigen in Deutschland stationiert, darunter etwa 2,5 Millionen schwarze GIs. Über Vor- und Nachteile, die das insbesondere für Rheinland-Pfalz gebracht hat, wurde und wird viel diskutiert. Auch die große Politik und ihre Strategien wie der Kalte Krieg sind Thema. Maria Höhn, Professorin am Vassar College im US-Bundesstaat New York, erforscht ein ganz anderes Feld: „Das war und ist ja auch ein großer Kulturaustausch – nur ist darüber kaum etwas bekannt.“ Wie war das im Alltag, was blieb auf beiden Seiten hängen, sind Fragen, die sie stellt. Im Fokus hat sie die Region Kaiserslautern-Ramstein-Baumholder, schließlich stammt die 54-Jährige aus Hoppstädten-Weiersbach im Kreis Birkenfeld.

Ende der 1990er Jahre – bei Interviews mit Zeitzeugen – wurde Höhn auf etwas aufmerksam, das sie sich bis dahin nicht hatte vorstellen können. „Sie sprachen alle davon, dass 1950/51 ‚Negereinheiten‘ in der Region stationiert gewesen seien.“ Dabei gab es – zumindest in der Theorie – seit 1948 keine Rassentrennung mehr im US-Militär. Höhns Interesse war geweckt. In Martin Klimke vom Heidelberger Center for American Studies fand sie einen Gleichgesinnten. Gemeinsam förderten sie viel Interessantes zutage, einiges davon zeigt die aktuelle Ausstellung „Der Kampf um die Bürgerrechte“ im Ramsteiner Dokumentations- und Ausstellungszentrum zur Geschichte der Air Base und der US-Amerikaner in Rheinland-Pfalz.

„Ich liebe dieses gottverdammte Land. Hier bin ich zum ersten Mal als Mensch behandelt worden.“ Dieses Zitat eines schwarzen US-Soldaten, der in den 1950er Jahren in Deutschland seinen Dienst versah, bringt auf

den Punkt, um was es geht. Die GIs sollten die Deutschen Demokratie und Anti-Rassismus lehren – Gelegenheit für die afroamerikanischen Truppenangehörigen festzustellen, dass es damit mit Blick auf die schwarze Bevölkerung in den USA auch nicht weit her war. „Die Situation der Schwarzen in Amerika wurden mit jener der Juden im Dritten Reich verglichen“, beschreibt Maria Höhn. „In Deutschland konnten wir den Atem der Freiheit spüren“, formulierte es der frühere US-Außenminister Colin Powell. Natürlich hatten die schwarzen Soldaten auch in Deutschland mit Rassismus zu kämpfen. Doch gab es beispielsweise keine Gesetze, die ihnen vorschrieben, wo sie im Bus sitzen mussten.

Was sie in Deutschland erlebt hatten, nahmen die Soldaten mit nach Hause – das war der Beginn der US-Bürgerrechtsbewegung, zu der auch die Organisation „Black Panther“



zählte. Ein besonderes Symbol wurde ebenfalls „exportiert“: Im September 1964 besuchte der Bürgerrechtler Martin Luther King West- und Ost-Berlin. Von da an sprach er gern von der Berliner Mauer, wenn es um Rassentrennung ging. Seine Ermordung und der Vietnamkrieg waren es schließlich, die zu einer Radikalisierung des Bürgerrechtskampfes führten – auch in der Westpfalz.

Voller Sorge schrieb Hans Jung, damals Oberbürgermeister von Kaiserslautern, im November 1970 an Generalmajor Raymond L. Shoemaker in Kaiserslautern-Vogelweh. „Die Sicherheit der Bürger muss gewährleistet bleiben“, forderte er angesichts von Ausschreitungen zwischen weißen und schwarzen US-Soldaten in den zurückliegenden Monaten. Zuvor schon hatte die Landstuhler Gendarmerie Alarm geschlagen: Die Sicherheit könne sie nur bei personeller Verstärkung garantieren. Am 19.

November 1970 war es gar zu einem Schusswechsel an der Air Base Ramstein gekommen: Zwei ehemalige GIs und „Black Panther“-Aktivisten wollten Infomaterial auf den Stützpunkt bringen. Bei der Zugangskontrolle gab es eine Schießerei, ein deutscher Wachmann wurde verletzt. Zwei der drei Amerikaner konnten später gestellt und verhaftet werden. Im Sommer 1971 wurde der eine freigesprochen, der andere zu vier Jahren Haft verurteilt. Der Prozess um die „Ramstein2“, ein Schlagwort der Aktivisten, das den Tatort und die Anklage gegen zwei Bürgerrechtler zusammenfasste, sorgte bundesweit für Schlagzeilen; nach dem Vorfall trat auch der Verfassungsschutz in der Westpfalz auf den Plan.

Sozusagen deutsche Hilfestellung fanden die schwarzen Bürgerrechtler in der linken Studentenschaft der damaligen Jahre, vor allem beim Sozialistischen Deutschen Studentenbund. Er versuchte, diesen Kampf für seine Ideen einer Weltrevolution zu nutzen. Es gab ein Solidaritätskomitee, das auch Veranstaltungen organisierte, wie im Oktober 1970 in der Kaiserslauterer Fruchthalle. Zu einer Großdemonstration geriet der Protest in Zweibrücken, als der „Ramstein2“-Prozess anließ. Die Westpfälzer nahmen vieles gelassen hin. Böse wurden sie allerdings, wie damals die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete, als das Bismarck-Denkmal vor dem Landgericht mit einem Schild „100 Jahre Bismarck – 100 Jahre Kapitalismus, Ausbeutung, Unterdrückung und Scheißdreck“ „entehrt“ wurde. Daraufhin soll ein Trupp Pfälzer mit dem Ruf „Denen werden wir es zeigen“ die Demonstration gestürmt und letztlich „gesiegt“ haben.

In Deutschland reagierte schließlich die große Politik. Es gab Bonner Erlasse, wie sich die Bürger korrekt gegenüber Afroamerikanern zu verhalten hatten. „Das ist ein tolles Beispiel, wie eine regionale Sache bis ganz nach oben durchschlägt“, sagt Maria Höhn. Und ein Beispiel dafür, wie eng die deutsche und die amerikanische Geschichte durch die Stationierung verbunden sind. „Das muss bewahrt werden“, sagt Höhn außerdem und ist daher dankbar, dass sich das Ramsteiner Dokumentations-Zentrum genau dies zur Aufgabe gemacht hat.

Und wer weiß, vielleicht hätte Barack Obama gestern einen Abstecher in die Ausstellung unternommen, hätten es Zeitplan und Sicherheit erlaubt. Schließlich stehen die Fotos und Texte in direktem Zusammenhang mit dem ersten schwarzen Präsidenten der USA – auch wenn dieser ein eher distanziertes Verhältnis zu Deutschland haben soll.